

Pro und contra Luftangriffe gegen Jugoslawien: Fallbeispiele aus der Nachbarschaft Rußlands

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1999). *Pro und contra Luftangriffe gegen Jugoslawien: Fallbeispiele aus der Nachbarschaft Rußlands*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 16/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47918>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 16/1999

5. Mai 1999

Pro und contra Luftangriffe gegen Jugoslawien

Fallbeispiele aus der Nachbarschaft Rußlands

Zusammenfassung

Die Stellungnahme der Regierungen und der Öffentlichkeit einzelner Staaten zu den Luftangriffen der Nato in Jugoslawien wird von Kriterien bestimmt, die in einigen Fällen in Spannung zueinander geraten. Dazu gehören: – politische Kriterien, die den Blick auf die eigenen staatlichen Realitäten lenken; – ethnische, kulturelle und religiöse Kriterien von Solidarität; – das politische Verhalten gegenüber internationalen Ordnungsstrukturen nach der Aufhebung der Bipolarität, insbesondere gegenüber der Nato und der Weltmachtstellung der USA; – die Haltung gegenüber kontroversen völkerrechtlichen Prinzipien (Staatsouveränität und territoriale Integrität einerseits, ethnische Selbstbestimmung andererseits) und andere Kriterien. Dieses Spannungsverhältnis unterschiedlicher Determinanten für die Stellungnahme im Kosovo-Konflikt wird hier am Beispiel einiger Staaten gezeigt, die nicht zu den Hauptakteuren internationaler Balkanpolitik gehören. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Staaten der GUS, deren Verhalten in der Kosovo-Frage von Rußland mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wird.

Determinanten der Stellungnahme

Wie ist der Einsatz militärischer Gewalt gegen ein Regime zu bewerten, das die Autonomie- oder Sezessionsbewegung einer Bevölkerungsgruppe innerhalb der eigenen Staatsgrenzen mit völkermörderischer Gewalt unterdrückt? Nicht das Einschreiten des serbischen Gewaltapparats gegen entsprechende Bestrebungen in der albanischen Bevölkerung des Kosovo als solches, sondern sein genozider Charakter, der sich im Einsatz ethnischer Vertreibung und Vernichtung als staatlichem Handlungsmittel zeigt, hat die militärische Reaktion der Allianz provoziert und als Maßnahme gegen elementare Menschenrechtsverletzungen legitimiert. Doch die Betonung der genoziden Gewalt und der von ihr ausgelösten "humanitären Katastrophe" wird es Staaten, die Probleme mit ethnischen Autonomieansprüchen und zentrifugalen Kräften innerhalb der eigenen Staatsgrenzen haben, nicht ersparen, bei ihrer Stellungnahme zum Kosovo-Konflikt die eigene staatliche Realität anzuschauen – besonders dann, wenn sie bei der "Bewahrung der territorialen Integrität" bereits selber militärische Gewalt eingesetzt haben. Wo beginnt beim Einsatz solcher Mittel die "humanitäre Katastrophe"? Die Hauptgegner des Nato-Einsatzes, Rußland und China, fallen ebenso unter die Staaten, die bei der Stellungnahme zum Kosovo-Konflikt ihre eigene Realität reflektieren, wie die Türkei, die als Nato-Mitglied den Einsatz militärischer Gewalt gegen das Belgrader Regime mitträgt.

Daneben wird die Haltung im Kosovo-Konflikt von kultureller, ethnischer oder religiöser Verwandtschaft mitbestimmt. Ein ost- und südslawischer Solidaritätskreis stellt in Überlagerung mit einem ostkirchlichen Gemeinschaftsbewußtsein Rußland und Weißrußland in eine Front gegen militärische Gewalt gegenüber Serbien und bezieht Teile der Öffentlichkeit in der Ukraine, in Bulgarien und Mazedonien in diese Ablehnung ein. Seine Einordnung in den orthodoxen Kulturkreis und seine geographische Nähe zu Serbien bereitet dem Nato-Mitglied Griechenland erhebliche politische Schwierigkeiten, den Militäreinsatz mitzutragen. Im Parlament Zyperns wurden die Luftangriffe einstimmig verurteilt. Dem orthodoxen und slawisch-orthodoxen steht der islamische Solidaritätskreis gegenüber, der Partei für die verfolgten albanischen Muslime des Kosovo ergreift.

In den Reaktionen von Regierungen und Öffentlichkeiten zeigte sich aber, daß politische und kulturelle Determinanten im Widerstreit standen. Dabei erlangte die kulturelle Identifikation keine prioritäre Bestimmungskraft, auch nicht in Weltregionen, in denen Religions- und Kulturverwandtschaft bei Stellungnahmen zur internationalen Politik oft sehr stark ins Gewicht fallen. So trafen die Militäraktionen *in der islamischen Welt* nicht auf einheitliche Zustimmung, obwohl sie als Maßnahmen zum Schutz einer Bevölkerungsgruppe legitimiert wurden, die sich zum Islam bekennt. Schließlich gehen diese Gewaltaktionen von der übermächtigen Militärallianz des Westens aus und wurden mit der Verteidigung von Werten legitimiert, die in der islamischen Welt oft als "westlich" relativiert werden. Tatsächlich hatten sowohl Nato-Generalsekretär Solana als auch der amerikanische Präsident bei der Begründung des Militäreinsatzes von "our values" gesprochen. Die Reaktion in arabischen Medien war zwiespältig. Es wurde gar der Ausbruch eines "intellektuellen Kriegs" bei der Stellungnahme zum Kosovo festgestellt.¹ Der Iran, der gegenwärtig den Vorsitz in der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) innehat, machte zwar Belgrad für die Gewalt im Kosovo verantwortlich, verurteilte aber gleichzeitig die Luftschläge der Nato als international nicht legitimiert. Außenminister Charasi versuchte, in Moskau, Rom und Tirana in dem Konflikt zu vermitteln, und zeigte sich bei seinem ersten Besuch in Deutschland mit dem Westen weitgehend einig über die von Belgrad zu erfüllenden Bedingungen für ein Ende der Luftangriffe. Teheran will die UCK nicht mit Waffenlieferungen unterstützen, da die Situation im Kosovo nicht mit der in Bosnien vergleichbar sei. Die islamischen Staaten haben noch keinen eigenen Friedensplan vorgelegt. Offensichtlich gibt es unter den 55 Mitgliedstaaten der OIC Meinungsverschiedenheiten in der Haltung zum Kosovo-Konflikt.² Einer der vehementesten Kritiker des Westens, der Ministerpräsident Malaysias, der amerikanische Militärschläge gegen Irak, Sudan und Afghanistan scharf verurteilt hatte, sah sich zur Gutheißung der Nato-Aktion und "reluctant exception" von der Regel bereit, daß internationale Sicherheitsbelange in jedem Fall durch den UN-Sicherheitsrat gehen müßten. Im Nachbarland Indonesien wurde die Aktion hingegen bedauert. Das bevölkerungsreichste muslimische Land hatte selber jahrelang einen brutalen Krieg gegen die Unabhängigkeitsregungen Ost-Timors geführt.³

Dagegen rangierte in der *Türkei* die Sympathie für die Kosovaren, mit denen man sich durch die osmanische Geschichte verbunden fühlt, und die Solidarität mit der Nato vor der kritischen Einschätzung der internen Sicherheitsprobleme und der Handlungen der eigenen Streitkräfte bei der Wahrung territorialer Integrität und Souveränität. Die Türkei nahm 20.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo auf, und ihr Ministerpräsident Ecevit machte die Unterstützung für "das Volk des Kosovo, unsere Brüder" zum Thema im gerade anstehenden Wahlkampf. Nationalistische Medien kritisierten die Regierung sogar wegen einer zu laschen Haltung gegenüber Miloevi. Da wurde die Frage gestellt, wie jemand, der beim Krieg in Bosnien einer der engsten Vertrauten Radovan Karadzija gewesen war, als Botschafter Jugoslawiens in Ankara akkreditiert werden konnte. Präsident Demirel sprach sich für den Schutz der Kosovaren bei gleichzeitiger Bewahrung der territorialen Integrität Jugoslawiens aus, was in der türkischen Presse jedoch als kaum realisierbarer Balanceakt in Frage gestellt wurde. Die Aussicht, daß das Einschreiten der Nato gegen den erklärten politischen Willen

¹ FAZ, 10.4.1999, S. 7.

² FAZ, 24.4.1999, S. 3.

³ International Herald Tribune, 14.4.1999, S. 1.

der Allianz und der internationalen Gemeinschaft die Abtrennung Kosovos vom jugoslawischen Bundesstaat bewirken könnte, trifft aber einen neuralgischen Punkt in der Wahrnehmung der eigenen staatlichen Realität der Türkei und wirft die Frage auf, inwiefern kurdische Separatisten von einer solchen Entwicklung profitieren könnten.⁴

Eine klare Haltung zugunsten der Militärintervention zum Schutz der Kosovaren nahmen – gegen die Politik des eigenen Staats – hochrangige politische Repräsentanten einiger "muslimischer" *Teilrepubliken Rußlands* ein. Die Präsidenten Tatarstans, Baschkortostans und Inguschetiens distanzieren sich von der Außenpolitik Rußlands gegenüber dem Krieg im Kosovo und kritisierten die Erwägung einer Erweiterung der Union Rußlands und Weißrußlands durch Serbien auf das schärfste. Mit einer einseitigen, noch dazu kulturell begründeten Parteinahme für Serbien ziele Rußland an seiner eigenen multiethnischen und -konfessionellen Realität vorbei. Der Präsident Tatarstans malte das Szenario aus, daß russischen Freiwilligen auf serbischer Seite demnächst tatarische Freiwillige auf albanischer Seite gegenüberstehen könnten.⁵ Man kann in Moskau die Stimmen aus den nichtrussischen Föderationssubjekten Rußlands nicht ignorieren. Deren außenpolitische Mitsprache ist in letzter Zeit gewachsen und zu einem umstrittenen Thema in der Innen-, Regional- und Außenpolitik Rußlands geworden.

Besondere Aufmerksamkeit erlangten offizielle Reaktionen *Israels*. Wer von der Regierung jenes Volks, das wie kein anderes von der Erfahrung des Völkermords geprägt ist, nachdrückliche Unterstützung der Militäraktion zum Schutz der Bevölkerung des Kosovo erwartete, wurde enttäuscht. Außenminister Scharon sprach vielmehr von nachteiligen Auswirkungen dieser Aktion auf Israel. Auch Premierminister Netanyahu verstand sich weder zur Unterstützung der Nato-Intervention noch zur Kritik an der serbischen Politik ethnischer Vertreibung und Vernichtung bereit. Statt dessen riefen Netanyahu und Scharon in Erinnerung, daß serbischer Widerstand gegen das Vordringen der Nazi-Truppen auf dem Balkan Juden geschützt hatte. Scharon malte in einem Radiokommentar das Gespenst eines islamischen Großalbanien an die Wand, das zum "Brennpunkt eines sich über ganz Europa ausbreitenden islamischen Terrors" werden könnte.⁶ Zur Erklärung dieser in Israel selber umstrittenen Kommentare der Regierungsspitze genügte einem Beamten des Außenministeriums der Hinweis, "Iran unterstützt die Kosovo-Albaner". Ausschlaggebend für die offizielle israelische Stellungnahme waren aber wohl Kommentare palästinensischer Sprecher zum Kosovo-Konflikt. Diese hatten die serbischen Gewaltaktionen an den Kosovo-Albanern verurteilt und mit dem Vorgehen Israels gegen die Palästinenser verglichen. Auch ein Kommentar der ägyptischen Staatszeitung "Al-Ahbar" zielte in diese Richtung: Belgrad sei bestraft worden, weil es Forderungen der internationalen Völkergemeinschaft mit einer Sturheit ignoriere, die an die Haltung Israels erinnere.⁷ In Washington traf die israelische Stellungnahme auf äußerste Befremdung. "Als wir den Irak bombardierten, konnte die israelische Regierung gar nicht genug davon bekommen."⁸ In der russischen Presse wurde die Haltung Israels, des "ältesten und treuesten Verbündeten der USA im Mittleren Osten", entsprechend positiv kommentiert. In der "Nezavisimaja gazeta" beschwor ein Autor eine "gemeinsame Bedrohung für Moskau und Tel-Aviv". Während es Moskau hauptsächlich darum gehe, Jugoslawien vor Aggression zu schützen, stelle Tel-Aviv die Befürchtung, daß die Bomben auf Jugoslawien Geburtshilfe bei der Entstehung eines "islamischen Staats" in Europa leisteten, in den Vordergrund.⁹ Bei seinem anschließenden Staatsbesuch in Moskau wiederholte Außenminister Scharon seine Verurteilung des Militäreinsatzes.¹⁰

⁴ Financial Times, 8.4.1999, S. 2.

⁵ FAZ, 19.4.1999, S. 16.

⁶ Financial Times, 12.4.1999, S. 2.

⁷ FAZ, 10.4.1999, S. 7.

⁸ Financial Times, 12.4.1999, S. 2.

⁹ Nezavisimaja gazeta, 9.4.1999, S. 1.

¹⁰ SWB SU/3508, 14.4.1999.

Reaktionen bei den Nachbarn Rußlands

Von divergierenden Kriterien waren auch die Stellungnahmen der Staaten im exsowjetischen Raum geprägt. Die Reaktionen in Rußland und Weißrußland waren bekanntermaßen kategorisch gegen die Nato-Aktion gerichtet, wobei ethnische und kulturelle Verwandtschaft mit Serbien propagandistisch herausgestellt wurde; in der Ukraine wurden die Militärschläge gegen Jugoslawien zwar ebenfalls kritisiert, im Parlament sogar scharf verurteilt, gleichzeitig wurde aber hervorgehoben, daß Kiew an einer Zusammenarbeit mit der Nato weiterhin ungebrochen interessiert sei. Weniger bekannt wurden die Reaktionen in den nichtslawischen Nachbarstaaten Rußlands.

Eindeutige Unterstützung fand die Nato-Militäraktion in den baltischen Republiken. Die russische Zeitung "Izvestija" bewertete die Reaktionen als eine Eskalation der Entfremdung zwischen Rußland und seinen baltischen Nachbarn. "Nach dieser konzertierten Unterstützung für die Luftangriffe auf Jugoslawien dürfte wohl klar sein, daß Rußland mit doppelter Energie dem Beitritt Litauens, Lettlands und Estlands in die Nato Widerstand leisten wird." Das Baltikum könnte anderenfalls zum Brückenkopf für eine potentielle Aggression der Nato gegen Rußland werden. Sodann drohte der Autor mit negativen Konsequenzen, die sich aus der ethnopolitischen Situation im Baltikum selber ergeben könnten, und stellte indirekt den skandalösen Vergleich zwischen großserbischer Gewaltpolitik und der Minderheitenpolitik in den baltischen Staaten auf.¹¹ Die "Eskalation der Entfremdung" befürchtete man auch in den baltischen Republiken selber. Die politische Führung Litauens will den "nachbarschaftlichen Beziehungen mit Rußland verstärkte Aufmerksamkeit widmen".¹²

Die Reaktionen in den drei Staaten des *Kaukasus* waren schon deshalb interessant, weil ihre Region in der Konfliktforschung oft mit dem Balkan verglichen wird. Der Blick auf die eigenen sicherheitspolitischen Probleme und ethnopolitischen Konstellationen war daher als Hauptbestimmungsfaktor für die Stellungnahme zum Kosovo-Konflikt zu vermuten. Doch auch hier zeigte sich die Relativität und Pluralität der Determinanten.

Aserbaidschan hatte sein eigenes Kosovo in Gestalt der abtrünnigen ehemaligen Autonomie Berg-Karabach, gegen die aserbaidtschanische Truppen in der Vergangenheit auch mit militärischer Gewalt vorgegangen sind, bevor sie von der armenischen Gegenoffensive 1992/93 weit zurückgeworfen wurden. Baku hätte also Grund zu einer vorsichtigen Stellungnahme in der Kosovo-Frage gehabt. Laut Mitteilung russischer Quellen erklärte Aserbaidschan jedoch gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten Ecevit sogar die Bereitschaft, im Falle des Einsatzes von Bodentruppen gegen Jugoslawien ein eigenes Kontingent unter türkischem Kommando für entsprechende Nato-Aktionen zur Verfügung zu stellen.¹³ Laut Inter-Fax soll sich das Außenministerium Aserbaidschans mit einem entsprechenden Vorschlag auch schon an Washington gewandt haben.¹⁴ Die Signale aus Regierungskreisen Aserbaidschans entsprachen der wachsenden Annäherung an den Westen und sein Sicherheitssystem, die das Land in letzter Zeit vollzogen hat, zuletzt sogar mit der gegen Moskau gerichteten Erwägung, Militärbasen der USA, der Nato oder der Türkei auf seinem Territorium zu installieren.

Als besonders spannungsvoll war die Determination der Haltung zur Kosovo-Frage im Falle *Armeniens* zu vermuten. Die widersprüchlichen Bestimmungsfaktoren waren hier: einerseits die Verwicklung in den bisher ungelösten Karabach-Konflikt und die eigene historische Erfahrung mit ethnischer Vertreibung und genozider Gewalt, mit dem "großen Unheil" von 1915, das im Mittelpunkt der historischen Erinnerung der Armenier steht; andererseits die sicherheitspolitische Anbindung an Rußland, die reziprok zur West-Orientierung Aserbaidschans verläuft und die Annäherung an die russische Position in der Kosovo-Frage nahelegt; ebenso die konfessionelle

¹¹ Izvestija, 30.3.1999; SWB SU/3499 B/5 2.4.1999.

¹² SWB SU/3507 E/1 (1).

¹³ SWB SU/3496 F/1 (4) 30.3.1999.

¹⁴ Interfax news agency, Moscow, in English, 25.3.1999.

Zugehörigkeit zum ostkirchlichen Kulturkreis und die historische Konfrontation mit muslimischen Mächten, die Armenien eher in den proserbischen Solidaritätskreis einbezieht.

Ein erstes Statement des armenischen Außenministeriums lag zwischen diesen divergenten Vektoren: "Armenien hat stets auf der Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts von Völkern bestanden und meint, daß die Mißachtung dieses Rechts der Wahrung von Frieden und Stabilität schadet. Dennoch ist Armenien über die Anwendung von Gewalt durch die Nato besorgt, zumal unserer Einschätzung nach die Möglichkeiten zur Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Lösung des Kosovo-Problems nicht völlig ausgeschöpft waren."¹⁵ Auch Vertreter des Präsidialapparats äußerten sich kritisch zu der Nato-Aktion und hoben die Gefahr einer neuen Ost-West-Konfrontation hervor, in die auch "unsere unmittelbaren Nachbarn" hineingezogen werden könnten.¹⁶ Führer und Vertreter armenischer Parteien wie der Revolutionären Föderation (Daschnaksutjun), der Pan-Nationalen Bewegung und der KP verurteilten durchweg die Luftangriffe auf Jugoslawien.¹⁷

In *Georgien* äußerte Präsident Schewardnadse tiefes Bedauern über das Scheitern der Diplomatie in der Kosovo-Frage und rief dazu auf, "eine neue Spirale der Spannung in den internationalen Beziehungen" zu verhindern. Das Verteidigungsministerium legte Wert auf eine neutrale Haltung gegenüber der Nato-Aktion und dementierte, daß Georgien eine Erklärung über die einheitliche Verurteilung dieser Aktion durch die Verteidigungsminister der GUS unterzeichnet hätte.¹⁸ Auf der Grundlage der eigenen Erfahrungen im Abchasien-Konflikt formulierte Schewardnadse fünf Prinzipien der Konfliktlösung: Waffenstillstand, Abzug aller bewaffneten Kräfte, Rückkehr der Flüchtlinge, Einsatz internationaler friedenserhaltender Streitkräfte, Verhandlungen über den politischen Status Kosovos mit Jugoslawien.¹⁹ Gemeinsam war allen politischen Stimmen aus dem Kaukasus, ungeachtet der Haltung zu Rußland, zur Nato und zu den Minderheiten- und Sicherheitsproblemen des eigenen Staats, die Sorge vor einer Eskalation der Gewalt und der Kontamination der eigenen Region durch diese Entwicklung.

In Zentralasien kamen der Verurteilung der Nato-Aktion durch Rußland *Kasachstan* und *Kirgistan* am nächsten. Das Außenministerium *Usbekistans* rief zu einer friedlichen Lösung des Kosovo-Konflikts auf, enthielt sich aber jeder Bewertung der Luftangriffe: "Es ist für uns schwierig, eine spezifische Haltung in dieser Frage einzunehmen."²⁰ Präsident Karimow artikuliert in seiner Stellungnahme zum Kosovo-Konflikt in einem Interview kurz vor seinem Abflug zum GUS-Gipfel nach Moskau Kritik an der Haltung Rußlands: "Wenn alle Länder in der Welt geschlossen gehandelt hätten ..., dann hätte er (Milošević) schon längst nachgeben müssen. Aber was geschieht da in Rußland. Da reden sie bloß über die Notwendigkeit, daß sich die Slawen vereinigen müßten. Sie benehmen sich, als richte sich die Aggression gegen Rußland, als hätte jemand Rußland angegriffen."²¹ Im gleichen Interview legte Karimow seine Haltung gegenüber der GUS dar und sprach sich gegen jegliche militärische oder politische Allianz im Rahmen der "Gemeinschaft" aus. "Grundlegendes Verständnis" für die Ziele der Nato habe der Präsident *Turkmenistans* gezeigt, teilte der US-Botschafter in Aschgabad nach einem Gespräch mit dem Turkmenbaschi mit und fügte als Erklärung für dieses Verständnis hinzu: "Washington unterstützt die Unabhängigkeit und Neutralität Turkmenistans wie nie zuvor."²²

¹⁵ SWB SU/ 3494/ F/1 (1) 27.3.1999.

¹⁶ Armenian news agency – Noyan Tapan –, 25.3.1999.

¹⁷ Armenpress news agency, in Russian, 25.3.1999.

¹⁸ Georgian news agency Kavkasia Press, 25.3.1999.

¹⁹ Kavkasia Press, 20.4.1999.

²⁰ ITAR-TASS, in English, 26.3.1999.

²¹ SWB SU/3500 G/3, 5.4.1999.

²² SWB SU/3513 G/4 (13) 20.4.1999.

GUS-Staaten und Nato

"Moskau hätte seine Meinung in der Balkankrise wirkungsvoller vertreten können, wenn es von den ehemaligen Sowjetrepubliken unterstützt worden wäre", stellte die "Nezavisimaja gazeta" fest.²³ Im GUS-Raum macht sich zunehmend die Unterscheidung zwischen Staaten, die sich sicherheitspolitisch stärker an Rußland anlehnen, und solchen, die einen verlässlichen Sicherheitspartner eher im Westen suchen, bemerkbar. Zur ersten Kategorie gehören Weißrußland, Armenien, Tadschikistan mit enger sowie Kasachstan und Kirgistan mit relativ enger Anbindung an Rußland, zur zweiten die sogenannte GUAM-Gruppe (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldova), in die nun auch Usbekistan aufgenommen wird. Der neue russische Balkanbeauftragte Tschernomyrdin führte im Anschluß an den letzten GUS-Gipfel in drei Hauptstädten der GUAM-Gruppe – in Tiflis, Baku und Kiew – Gespräche über die Haltung in der Jugoslawien-Frage.²⁴ Georgien, Aserbaidschan und die Ukraine hatten zuvor eine Initiative Rußlands für eine gemeinsame Verurteilung der Nato-Luftschläge durch die GUS-Staaten abgelehnt. Ein Berater Tschernomyrdins gab für die Auswahl der Konsultationspartner die "große Erfahrung" der Präsidenten Alijew und Schewardnadse "bei der Lösung interethnischer Konflikte" an. In Wirklichkeit dürfte hier ein anderer Faktor ausschlaggebend gewesen sein: ihre aus Moskauer Sicht beunruhigende Annäherung an die Nato. Während Präsident Jelzin und seine Amtskollegen aus Weißrußland und Turkmenistan der Jubiläumssitzung zum 50. Jahrestag der Allianz fernblieben, reisten die Präsidenten der GUAM-Staaten, aber auch der armenische Präsident Kotscharjan zu diesem Anlaß in die USA. Am Rande des Washingtoner Gipfels kam es zu Gesprächen über regionale und ethnische Konflikte im Kaukasus mit Außenministerin Albright, zu einem Treffen der GUAM und zu einer Sitzung des gemeinsamen Rats Ukraine-Nato.

In den letzten Monaten hatten sich einige sicherheitspolitische Trends in der GUS zuungunsten Rußlands vollzogen. Usbekistan, Georgien und Aserbaidschan hatten angekündigt, ihre Mitgliedschaft in dem 1992 geschlossenen kollektiven Sicherheitsvertrag der GUS nicht zu verlängern. In Aserbaidschan war dieser Vertrag nie ratifiziert worden, in Usbekistan war er seit längerem als nicht verlässliche und unmaßgebliche Sicherheitsarchitektur in Frage gestellt worden. Drei GUS-Staaten – Ukraine, Moldova und Turkmenistan – waren ihm ohnehin nie beigetreten. Das Projekt, mit einem GUS-Sicherheitssystem die Antwort auf die Osterweiterung der Nato zu geben, ist gescheitert. Rußland muß zunehmend auf bilaterale Maßnahmen setzen, um seinen sicherheitspolitischen Einfluß im GUS-Raum zu wahren. Doch dieser Weg des Bilateralismus ist ebenfalls voller Hindernisse.²⁵ Moskau zeigt sich gerade im Kontext der Kosovo-Krise über die sicherheitspolitische Zusammenarbeit der GUAM-Staaten und ihre Westorientierung beunruhigt. Georgien und Aserbaidschan versuchten, aus dieser Beunruhigung Kapital in Hinsicht auf die russische Haltung gegenüber den Konflikten in ihren eigenen Staatsgrenzen zu schlagen. Schewardnadse legte Tschernomyrdin nahe, sich in Zukunft neben der Kosovo-Frage auch der Regulierung des Abchasien-Konflikts zu widmen, und Alijew gab zu verstehen, daß er das Kosovo-Problem durch das Prisma des Karabach-Konflikts betrachte.²⁶

Uwe Halbach

²³ NG, 22.4.1999.

²⁴ Dazu siehe Segodnja, 22.4.1999.

²⁵ FAZ, 22.4.1999. Georgien weigert sich, den Vertrag über russische Militärstützpunkte zu ratifizieren, und drängt auf einen phasenweisen Abzug russischer Grenschutztruppen, der mit der Küstenwache bereits begonnen hat; die Schaffung einer russischen Militärbasis in Tadschikistan auf der Grundlage der dort seit längerem stationierten Truppen stößt auf erhebliche Kritik in Usbekistan.

²⁶ Segodnja, 22.4.1999.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de